

EXPERIMENTELLE DEMOKRATIE FÜR DAS DIGITALE ZEITALTER¹

RAHEL SÜß



Wie sieht die Zukunft der Demokratie im digitalen Zeitalter aus? Digitale Technologien stellen demokratische Gesellschaften vor immer neue Herausforderungen – und doch sind manche optimistisch, dass neue digitale Werkzeuge die Demokratie voranbringen können. Die zentrale Frage lautet: Wie können wir die Zukunft wirklich demokratisch gestalten? Ich schlage dafür das Modell der „experimentellen Demokratie“ vor und damit eine neue Vision von Demokratie für das digitale Zeitalter. Die Idee ist einfach: Die Demokratisierung der neuen digitalen Technologien muss Hand in Hand gehen mit der Demokratisierung der Gesellschaft. Die experimentelle Demokratie soll eine offene Zukunft für alle ermöglichen, indem sie Macht verlagert, nachhaltige Gemeinschaften bildet und eine politische Kultur fördert, deren Basis das demokratische Experimentieren ist.

Wir leben in einem Zeitalter der Vorhersagen. Prädiktive Technologien sind längst ein integraler Teil unseres Alltags geworden und bedrohen zunehmend demokratische Gesellschaften. Gemeinhin werden sie als wirksame Instrumente zur Lösung verschiedenster sozialer Probleme betrachtet. Mit ihrem Versprechen, Ungewisses kontrollieren und Zukünf-

1 Aus dem Englischen von Sabine Weir

tiges vorhersagen zu können, führen prädiktive Technologien in unterschiedlichsten Bereichen dazu, dass präventive Strategien angewendet werden. Wer dieses Paradigma der Vorhersagbarkeit als Handlungsrahmen setzt, übersieht allerdings, dass Unsicherheit eine ganz wesentliche Bedingung von Demokratie ist. Laut dem Rechtswissenschaftler Christoph Möllers (2020, S. 93) endet die Freiheit genau dann, wenn die „Vervollkommenheit der Prävention“ ist.

Prädiktive Technologien finden in jüngerer Zeit immer breitere Anwendung. Richter:innen nutzen KI-Systeme, um Strafmaße festzulegen, und die Polizei wendet sie an, um mögliche Straftaten vorherzusagen. KI-Technologien kommen in algorithmischen Systemen zur Verteilung von Sozialleistungen zum Einsatz, um Ansprüche auf finanzielle Unterstützung zu ermitteln und etwaigen Leistungsbetrug aufzudecken. Darüber hinaus spielen Vorhersagemodelle eine entscheidende Rolle für datengesteuerte Smart-City-Initiativen wie die Digital Twin Cities. Dabei handelt es sich um virtuelle Abbilder physischer Städte, anhand derer verschiedene Szenarien simuliert und die Auswirkungen politischer Maßnahmen, etwa die Optimierung der Energieeffizienz oder des Verkehrsflusses, getestet werden können. Prädiktive Technologien finden sich auch in generativen KI-Systemen wie ChatGPT und anderen Large Language Models (LLMs), die mit bestärkendem Lernen durch menschliches Feedback und Rückkopplung (RLHF) operieren, um die nächsten Wörter eines Satzes vorherzusagen.

Wie gefährlich sind prädiktive Technologien für die Demokratie? Gefahr droht dann, wenn die algorithmische Suche nach Gewissheit und präventive Strategien dominieren. Prädiktive Technologien gefährden nicht zuletzt eine offene Zukunft.

Die Verbreitung von Deepfakes und Desinformation stellt eine Bedrohung für die Demokratie dar. Ebenso das Spannungsfeld zwischen zunehmend datengetriebenen Prozessen der Entscheidungsfindung und dem Streben nach demokratischer Selbstbestimmung. Es gibt heute massive Befürchtungen, dass neue digitale Technologien bestehende Ungleichheiten verstärken und neue Formen der Überwachung und Kontrolle ermöglichen könnten. Verstärkt werden diese Befürchtungen durch die Top-Down-Fantasien des Silicon Valley und die zunehmende

Abhängigkeit kritischer Infrastrukturen in demokratischen Gesellschaften von privatwirtschaftlichen Akteuren. Zudem sind wir mit einer erheblichen Zentralisierung von Macht konfrontiert, die sich in den Monopolisierungstendenzen von Unternehmen wie Google, Microsoft oder Amazon zeigt.

Auch eine zunehmend technokratische Haltung stellt eine Gefahr für die Demokratie dar: die Vorstellung, dass jedem sozialen und politischen Problem eine technische Lösung – in Form eines Algorithmus – gegenübersteht. KI-Technologien werden immer häufiger in Prozesse politischer Entscheidungsfindung eingebunden, doch ist oft unklar, wie diese Modelle überhaupt zu ihren Vorhersagen kommen, da weder ihre Funktionsweise noch Genaueres über ihre Trainingsdaten bekannt ist. Wenn die KI Entscheidungen trifft, dann kann keine Person zur Rechenschaft gezogen werden. Darüber hinaus ist die Abhängigkeit der KI-Technologien von Trainingsdaten und deren Qualität und Verfügbarkeit problematisch für demokratische Gesellschaften. KI-Systeme können Verzerrungen aus diesen Daten übernehmen und sie reproduzieren, sie sind inhärent unzuverlässig. Berücksichtigt man, dass diese neuen Technologien zu erhöhter Komplexität führen, versteckte Risiken in sich tragen und soziale Ungleichheiten verstärken können (Eubanks, 2018), stellt sich die Frage: Wie ließe sich die Macht digitaler Werkzeuge nutzen, um die Demokratie zu stärken?

Digitale Demokratie wird oft als eine Form von *Open Government* verstanden. Während der Präsidentschaft Obamas legte das „Transparency and Open Government“-Memorandum Leitlinien fest, um Transparenz und Kooperation zwischen der Regierung und den Bürger:innen zu fördern (White House, 2009). Mit Hilfe von neuer digitaler Technologien, die den Zugang zu Regierungsdaten erleichtern, versuchen Open Government-Initiativen, die Regierung rechenschaftspflichtig und ihre Arbeit transparenter und zugänglicher zu machen. Dieser Governance-Ansatz zielt darauf ab, das Vertrauen der Öffentlichkeit in Regierungen zu stärken, indem langfristig Feedbackschleifen zwischen Bürger:innen und Regierungen geschaffen werden.

Auch im Kontext neuer *Experimente im Feld der partizipativen Demokratie* spielt die digitale Demokratie eine Rolle. Ziel ist es,

innovative institutionelle Formate zu entwickeln, die in demokratischen Gesellschaften zu mehr Teilhabe führen. Viele Kommunen nutzen bereits onlinebasierte Beteiligungssysteme, über die Bürger:innen politische Entscheidungen beeinflussen, Reformen und Gesetze vorschlagen sowie priorisieren und kommunale Mittel verteilen können (siehe Simon et al., 2017). Diese partizipativen Experimente sind deswegen bemerkenswert, weil sie unser Verständnis von Demokratie über das der repräsentativen Demokratie hinaus erweitern. Die Politologin Hélène Landemore (2021, S. 71) weist darauf hin, dass der Gebrauch digitaler Werkzeuge es uns erlaubt, über ein begrenztes Verständnis von Demokratie als reiner „Zustimmung zur und Delegation von Macht an gewählte Eliten“ hinauszugehen.

Als Alternative schlägt Landemore (2020, 2021) eine nicht-gewählte demokratische Vertretung vor. Ihre Forschung basiert auf einer groß angelegten experimentellen Studie, die in Frankreich durchgeführt wurde. Zufällig ausgewählte Bürger:innen wurden aufgefordert, Empfehlungen für die Klima- und Umweltpolitik zu erarbeiten. Landemore plädiert für ein neues institutionelles Format, das sie als „Open Mini-Public“ bezeichnet. Dieses besteht aus einer in regelmäßigen Abständen ausgerichteten Bürger:innenversammlung, dessen Teilnehmende zufällig, oder stratifiziert, aus der gesamten Bevölkerung ausgewählt werden (2021, S. 76). Bei nicht-gewählten demokratischen Vertretungen kommen digitalen Werkzeugen zwei wichtige Aufgaben zu: Sie ermöglichen es, gemeinschaftlich Probleme zu lösen, indem die Schwarmintelligenz einer großen Gruppe von Menschen genutzt wird. Außerdem fördern sie die Kompetenz von Bürger:innen und damit auch die Entwicklung neuer demokratischer Kulturen (ebd., S. 77–78). Landemore empfiehlt darüber hinaus das Einführen eines „Citizenbook“ – als eine grundlegende digitale Infrastruktur für demokratische Gesellschaften (ebd., S. 81). Auf dieser Online-Plattform sollen laut Landemore alle Bürger:innen bereits bei der Geburt automatisch erfasst und so ihre Teilnahme an Debatten und Entscheidungsfindungsprozessen erleichtert werden. Um die Bürger:innen auf diesen Plattformen stärker zu involvieren, schlägt sie vor, virtuelle Chatrooms, Avatare und Gamification-Methoden zu nutzen (ebd., S. 73, 82).

Auch wenn mit Formaten wie Open Government und partizipativen demokratischen Experimenten viel erreicht werden kann, sind sie keine Lösung für die gegenwärtigen demokratischen Defizite per se. Einige Kritiker:innen geben zu bedenken, dass sich die Teilhabe von Bürger:innen oft auf Top-Down-Beratungen beschränkt und sich vor allem jene Bürger:innen beteiligen, die ohnehin schon politisch aktiv sind (Simon et al., 2017, S. 83). Zu den vorgebrachten Bedenken zählen auch Aspekte wie Effizienz, ökologische Nachhaltigkeit oder die „digitale Kluft“, also durch einen „fehlenden Zugang zum Internet oder fehlende digitale Skills“ verursachte „Barrieren“ der demokratischen Teilhabe (ebd., S. 88). Und schließlich ist es wichtig anzumerken, dass „digitale Technologien allein Probleme wie die Apathie, die Desillusionierung, den Mangel an Vertrauen und die immer größer werdende Kluft zwischen der Bevölkerung und der politischen Klasse nicht lösen werden“ (ebd., S. 95).

Es soll hier betont werden, dass die Vorstellung, digitale Werkzeuge ermöglichen demokratische Teilhabe durch Deliberation und führten zu einer breiteren Akzeptanz von politischen Maßnahmen, zwar wichtig ist, aber nicht ausreichend. In einem gesellschaftlichen Kontext, in dem Möglichkeiten politischer Einflussnahme und Lebenschancen zunehmend ungleich verteilt sind, greifen partizipative Online-Plattformen und zufällig zusammengesetzte Bürger:innenversammlungen als Mittel der Demokratisierung zu kurz. Formal mögen sie alle Stimmen in einen deliberativen Prozess einbinden – und das ist wichtig –, doch wird dabei der strukturelle Bias von Debatten übersehen, die wohlhabende und gut vernetzte Eliten begünstigt. Teil des Problems ist, dass wir soziale Auseinandersetzungen oft eher als Meinungskonflikte anstatt als Streit um Ressourcen und Macht begreifen. Dadurch verlieren wir allerdings aus dem Blick, dass in vielen Fällen Politik- und Wirtschaftseliten ihre partikulären Interessen als vermeintliche Gemeinwohlinteressen ausgeben. Es stellt sich also die Frage, wie digitale Demokratie die Bürger:innen wirksam ermächtigen kann.

Wie können wir Technologie so nutzen, dass dabei die größtmögliche Teilhabe und Selbstbestimmung von Bürger:innen erreicht wird? Wenn wir die mit dem Digitalen verbundene Gefahr für die Demokratie im Paradigma der Vorhersagbarkeit verorten, welches die Zukunft verschließt,

müssen wir fragen: Wie kann eine neue Vision der digitalen Demokratie aussehen, in der die Zukunft – für alle – offenbleibt? Aus meiner Sicht findet sich die Antwort darauf in der experimentellen Demokratie. Die Tätigkeit des Experimentierens steht in diesem Demokratiemodell für eine zukunftsöffnende demokratische Praxis. Es geht schließlich im Kern des politischen Handelns um das Experiment. Es ist die Freiheit zu experimentieren, die eine lebendige Demokratie im digitalen Zeitalter ausmacht.

Die Vision einer experimentellen und zukunftsöffnenden Demokratie basiert auf einer radikaldemokratischen Tradition und einem pragmatisch-demokratischen Experimentalismus. Sie berücksichtigt die ermächtigenden Aspekte digitaler Demokratie genauso wie Forderungen nach mehr Transparenz, Rechenschaftspflicht und Partizipation. Experimentelle Demokratie hält die Werte der Offenheit und Pluralität hoch und erkennt dabei genauso die Bedeutung an, die Konflikte für die Demokratie haben.

Die experimentelle und zukunftsöffnende Demokratie geht von einem radikaleren Begriff der Demokratie als Lebensform aus. Grundlage dafür ist die Arbeit des Philosophen John Dewey, für den Demokratie mehr als ein politisches System oder eine Regierungsweise ist. Für Dewey (1951) ist die Demokratie auch eine „Lebensform“. Wichtig ist hier der Gedanke, dass sich politische Macht nicht bloß in fairen Prozessen manifestiert, in denen ein Mindestmaß an Inklusion und eine gleich verteilte Einflussnahme auf politische Entscheidungen garantiert ist, sondern auch in alltäglichen Praktiken, Identitäten, Beziehungen und Interessen zeigt (Klein, 2022, S. 31–32). Deweys Idee der „Demokratie als Lebensform“ geht von der gelebten Erfahrung der Bürger:innen aus und von der Überzeugung, dass sie Einfluss auf jene Entscheidungen haben sollten, die ihr Leben formen.

Die Geschichte lehrt uns, dass Demokratie nicht abgeschlossen oder statisch ist. Achille Mbembe erinnert uns daran, dass die Geschichte der Demokratie auch eine der Gewalt und der Sklaverei ist (Mbembe, 2019, S. 16–17). Historische Formen der Ausbeutung setzen sich bis heute fort – zum Beispiel in Data-Labeling-Jobs in den Ländern des Globalen Südens, die im Zusammenhang mit „digitalem Kolonialismus“ oft diskutiert werden. Deswegen muss eine ermächtigende Form der Demokratie im digitalen Zeitalter sicherstellen, dass die Zukunft für alle *offenbleibt*.

Wenn nun die experimentelle Demokratie es als Aufgabe

demokratischer Gesellschaften ansieht, die Zukunft durch das Aushandeln von Alternativen zu öffnen, erweist sich die Rolle von Konflikten als zentral. Der Kerngedanke dabei ist, dass alternative Versionen einer digitalen und demokratischen Zukunft nur durch soziale und politische Konflikte entstehen. Dabei ist es wichtig, Konflikte nicht nur als offen ausgetragene Meinungskämpfe zu betrachten, sondern auch als Streit um Ressourcen und Macht. Um sicherzustellen, dass alle die Zukunft mitgestalten können, müssen wir die historisch gewachsenen und strukturell aufrechterhaltenen Machtdynamiken anerkennen, die in sozio-technologischen Systemen aktiv sind, so wie es die Initiative „Decolonizing Digital Rights“ beschreibt (Digital Freedom Fund, 2023). Sie setzt sich damit auseinander, wie „ungleiche Machtverhältnisse, Ausschlussmechanismen und Privilegien [...] die Konzeption und den Schutz digitaler Rechte beeinflussen“ (ebd.).

Anstatt digitale Technologien lediglich als neutrale Werkzeuge unabhängig von ihrem sozialen und politischen Kontext zu betrachten, müssen wir ein nuancierteres Verständnis des Zusammenspiels von Technologie, Gesellschaft und Politik entwickeln. Wir müssen fragen: Wie sind digitale Technologien in unsere Gesellschaft eingebettet, und wie erhalten sie Machtstrukturen aufrecht? Darüber hinaus müssen wir uns damit beschäftigen, wie politische Entscheidungen und wirtschaftliche Faktoren Gemeinschaften geschwächt und die Entwicklung neuer Technologien beschleunigt haben. Technologie verändert die Gesellschaft und die Gesellschaft beeinflusst, wie wir Technologien verstehen, entwickeln und anwenden. Diese Abhängigkeit zeigt sich beispielsweise im Zusammenspiel von wirtschaftlichen Anreizen, politischer Regulierung und Handlungsgewohnheiten. Wer sich mit Konflikten beschäftigt und sie sichtbar macht – wie jene, die entlang der Lieferketten aufkommen (Abbau von Edelmetallen, Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung etc.), – muss kritische Fragen stellen: Wer trägt die Kosten der Digitalisierung? Wie und von wem wird KI entwickelt und genutzt und wie wird sie eingesetzt? Und wer profitiert?

Die Vision einer experimentellen und zukunftsöffnenden Demokratie unterstreicht, dass Demokratie nicht nur allen die Möglichkeit geben muss, sich zu beteiligen und politische Entscheidungen zu beeinflussen,

sondern es auch „organisierter gemeinschaftlicher Macht“ bedarf (Klein, 2022, S. 27, übers. Sabine Weir). Zwei Annahmen sind in diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben. Erstens ist es wichtig, demokratische Institutionen nicht nur als „faire Verfahren zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten“ zu verstehen, sondern auch als Mechanismen zum „Organisieren von Macht innerhalb der Gesellschaft“ (ebd., S. 26; 27, übers. Sabine Weir). Und aus dieser Erkenntnis wiederum folgt, dass „demokratische Institutionen die kollektive Macht einer ansonsten unorganisierten Mehrheit organisieren müssen“ (ebd., S. 39, übers. Sabine Weir). Wie nun kann die experimentelle Demokratie kollektive Macht organisieren? Das Experiment, verstanden als eine den Konflikt provozierende und zukunftsöffnende Praxis, kann dabei helfen, indem es neue politische Vorstellungswelten schafft und etablierte Machtverhältnisse herausfordert.

Wir müssen sicherstellen, dass Technologie der Demokratie, dem öffentlichen Interesse und der Stärkung von Gemeinschaften dient. Um das zu erreichen, müssen wir Technologien und digitale Infrastrukturen im Sinne des öffentlichen Interesses regulieren und Daten zu einem öffentlichen Gut machen, das die Bürger:innen selbst effektiv kontrollieren. Die partizipative Forschung, zum Beispiel technologiebasierte Citizen Science-Projekte, ist eine wichtige Strategie der Dezentralisierung von Macht. In Barcelona etwa hat die kommunale Regierung ein Pilotprogramm entwickelt, in dem Bürger:innen Sensoren verteilen, um Daten zu sozialen und ökologischen Problemen wie der Umweltverschmutzung zu sammeln. Im Anschluss wurden auf Basis der Ergebnisse der Erhebung und in einem kollektiven Beteiligungsprozess politische Maßnahmen entwickelt, um diesen Problemen zu begegnen.

Um die Zukunft für alle öffnen zu können, ist es auch notwendig, mit machtvollernden Strukturen zu experimentieren, wie es die Initiative Workers' Algorithm Observatory (WAO) tut. Wie Kevin Zawacki (2023) erklärt, ist es das Ziel der WAO, Arbeiter:innen wie die für Uber und andere Plattformen tätigen Gig Workers in die Lage zu versetzen, jene Algorithmen zu studieren, die sich hinter den Plattformen verbergen. Er erläutert weiter, dass die WAO von Arbeiter:innen geführte Audits organisiert, in denen sie unterstützt von technisch versierten Expert:innen

per Crowdsourcing Daten zur Bezahlung, Terminierung, Preisgestaltung und anderen komplexen algorithmischen Management-Systemen sammeln und analysieren (ebd.). Die WAO hat noch zwei weitere Funktionen: Sie ermöglicht es den Arbeiter:innen erstens, sich zu organisieren, um für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. So können sie sich, zweitens, untereinander und mit ihren Verbündeten zusammentun, um Gesetze sowie Strategien für ihre Rechte und ihren Schutz in der Plattformökonomie zu ändern oder durchzusetzen (ebd.).

Damit die experimentelle und zukunftsöffnende Demokratie erfolgreich sein kann, müssen demokratische Praktiken und Prozesse nach dem Prinzip der Pluralität organisiert werden. Dafür ist es wichtig, die Erfahrungen unterschiedlicher Interessengruppen und verschiedener Stakeholder beim Entwickeln der Standards und Regeln, auf denen digitale Systeme basieren, miteinzubeziehen. Gerade weil diese Systeme die Zukunft demokratischer Gesellschaften maßgeblich prägen, ist es essenziell, sie auch demokratisch zu kontrollieren. Bürger:innen müssen schon bei der Entwicklung digitaler Technologien mitwirken und Entscheidungen bezüglich Hardware und Software mittreffen können. Zudem muss dafür Sorge getragen werden, dass dezentrale machverteilende Strukturen entstehen, dass Bürger:innen, Arbeiter:innen und Gemeinschaften jene Technologien verstehen, die ihr tägliches Leben bestimmen, und dass Technik-Skills miteinander geteilt werden. Und schließlich brauchen wir ein Ökosystem demokratischer Alternativen: neue Geschäftsmodelle, partizipative Online-Plattformen und Gestaltungsleitlinien, die sich an den Bedürfnissen von Gemeinschaften und der Umwelt orientieren.

Wenn wir von einer zukunftsöffnenden Demokratie sprechen, müssen wir auch bereit sein, uns auf die *radikale Unsicherheit* einzulassen, die grundlegend für die Demokratie ist. Die Zukunft der Demokratie hängt davon ab, dass fortlaufend mit neuen politischen Ideen und alternativen Praktiken experimentiert wird, und davon, ob Institutionen auf die gegenwärtigen sozialen und politischen Herausforderungen eingehen oder nicht. Eine demokratische Kultur des Experimentierens kann dann gelingen, wenn sie gesellschaftliche Konflikte sichtbar macht und sich auf diese einlässt. Gleichzeitig muss eine demokratische Experimentierkultur die Bedeutung von Selbstorganisation anerkennen, sich für Veränderung

öffnen und eine Fehlerkultur genauso fördern wie eine Kultur des experimentellen Lernens. Wir müssen unser Denken und Handeln wieder an gesellschaftlichen Alternativen ausrichten und Umgebungen schaffen, in denen Individuen und soziale Gruppen erleben, wie sie selbst Wandel herbeiführen können.

Wie nun lässt sich eine experimentelle, zukunftsöffnende Demokratie in die Praxis umsetzen? Drei Aspekte sind für das Funktionieren eines experimentellen Governance-Modells relevant: das Implementieren einer demokratischen Experimentierklausel, das Prototyping digitaler Zukünfte und ein Open-Source-Ansatz für demokratische Prozesse.

Ein experimentelles Governance-Modell unterstützt, erstens, das Einbinden von *demokratischen Experimentierklauseln* in demokratische Verfahren. Ziel ist es, demokratische Innovationen und digitale Technologien im Interesse der Öffentlichkeit zu testen. Die Experimentierklausel ist Teil der deutschen Gesetzgebung und gibt einen rechtlichen Rahmen für das Erproben innovativer Technologien vor. Darin wird ein „Setzkasten zur Formulierung von Experimentierklauseln“ (BMWi, 2020, p. 6; BMWi, 2019, p. 7) zur Verfügung gestellt. Experimentierklauseln ermöglichen das Testen von Innovationen wie E-Government-Gesetze, die aufgrund bestehender Regularien nicht getestet werden können (BMWi, 2020, p. 3, 8). Ein experimentelles Governance-Modell braucht eine Experimentierklausel nicht nur als Anreizrahmen, sondern auch als Anstoß für den demokratischen Wandel. So können Pilotprojekte in den Bereichen Gesetzgebung, Governance und Technologie entwickelt werden, um eine neue demokratische Politik und eine Kultur des demokratischen Experimentierens zu stärken.

Das führt uns zu einem zweiten Merkmal eines experimentellen Governance-Modells: dem Prototyping alternativer demokratischer und digitaler Zukünfte. Ein Beispiel dafür ist das Data Governance-Modellprojekt in Berlin, das den Austausch von Daten zwischen Wirtschaftsunternehmen und der Berliner Stadtverwaltung besser organisieren soll (Bielawa, 2023). Ein weiteres Beispiel ist „The New Hanse“, ein vom THE NEW INSTITUTE gemeinsam mit der Stadt Hamburg

durchgeführtes Datenexperiment, das zum Ziel hat, Blaupausen für Data Commons in den Bereichen Gesetzgebung, Technologie und Governance zu entwickeln (The New Institute, 2023). Ein faszinierendes Beispiel ist auch die Smart-City-Initiative „Gemeinsam Digital: Berlin“, die ebenfalls Prototypen für digitale Zukünfte erarbeitet. Die Initiative hat dafür eine partizipatorische Strategie und einen „kontinuierlichen Lernprozess“ angestoßen, in dem Prototypen konzipiert, entwickelt und getestet werden, die Bürger:innen dazu befähigen sollen, die Zukunft der Stadt mitzugestalten (Gemeinsam Digital Berlin, 2023).

Ein *Open-Source-Ansatz für demokratische Prozesse* ist das dritte Merkmal experimenteller Governance-Modelle. Ausgangspunkt dieser Strategie ist die Erkenntnis, dass das Problem oft nicht darin liegt, den Code zugänglich zu machen, sondern das Prozesswissen selbst. Das lässt sich zum Beispiel durch das Etablieren von Online-Bibliotheken mit erfolgreichen experimentellen Prototypen erreichen. Solche Archive sind wichtig, um entsprechende Pilotprojekte in den Bereichen Gesetzgebung, Technologie und Governance effektiv auszuweiten.

Schließlich müssen wir fragen, auf welche Weise wir in der Vergangenheit Erfolge erzielt haben. Die Antwort darauf findet sich bestimmt nicht allein in technologischen Innovationen, Bürger:innenversammlungen oder diskursiver Macht. Die Geschichte lehrt uns, dass demokratischer Wandel in der Vergangenheit vor allem von politischen Bewegungen ausging. Um eine wirklich demokratische Zukunft sicherzustellen, müssen wir auch ein besseres Verständnis davon erlangen, wie drängende politische Fragen – zum Beispiel der Klimawandel, globale Ungleichheit und neue Formen der Unterdrückung – heute mit der Nutzung neuer digitaler Technologien zusammenhängen. Wenn wir die Demokratie wirklich erneuern und dabei die großen Herausforderungen unserer Zeit angehen wollen, müssen wir schlussendlich die Demokratisierung von KI-Technologien (ihre Entwicklung genauso wie den Zugang zu ihnen, ihre Nutzung, etc.) mit der Demokratisierung demokratischer Gesellschaften zusammendenken.

Bielawa, H. (2023, March 30). Data Governance: Berlin startet Experiment. *Tagesspiegel Background*. <https://background.tagesspiegel.de/smart-city/data-governance-berlin-startet-experiment>

Bielawa, H. (2022, July 28). Hamburgs großes Datenexperiment. *Tagesspiegel Background*. <https://background.tagesspiegel.de/smart-city/hamburgs-grosses-datenexperiment>

Dewey, J. (1951). Democracy as a way of life. In J. Nathanson, *John Dewey: The reconstruction of the democratic life* (pp. 82–102). Charles Scribner's Sons. <https://doi.org/10.1037/11125-004>

Digital Freedom Fund. (2023). *Decolonizing Digital Rights in Europe*. Digital Freedom Fund. <https://digitalfreedomfund.org/decolonising/>

Eubanks, V. (2018). *Automating Inequality: How High-tech Tools Profile, Police, and Punish the Poor* (1st ed.). St. Martin's Press.

Federal Ministry for Economic Affairs and Energy (BMWi). (2020). *New Flexibility for Innovation. Guide for Formulating Experimentation Clauses*.

Federal Ministry for Economic Affairs and Energy (BMWi). (2019). *Making Space for Innovation. The Handbook for Regulatory Sandboxes*.

Gemeinsam Digital: Berlin. (2023). *Governance*. Berlin. <https://gemeinsamdigital.berlin.de/en/strategie/governance/>

<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Digitale-Welt/handbuch-fuer-reallabore.html>

<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Digitale-Welt/recht-flexibel-arbeitshilfe-experimentierklauseln.html>

Klein, S. (2022). Democracy Requires Organized Collective Power. *Journal of Political Philosophy*, 30(1), 26–47. <https://doi.org/10.1111/jopp.12249>

Landmore, H. (2021). Open Democracy and Digital Technologies. In L. Bernholz, H. Landmore, and R. Reich (Eds.). *Digital Technology and Democratic Theory* (pp. 62–89). University of Chicago Press.

Landmore, H. (2020). *Open Democracy: Reinventing Popular Rule for the 21st Century*. Princeton University Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctv10crczs>

Mbembe, A. (2019). *Necropolitics*. Duke University Press. <https://doi.org/10.1215/9781478007227>

Möllers, C. (2020). *Freiheitsgrade*. Suhrkamp.

Simon, J., Bass, T., Boelman, V., & Mulgan, G. (2017). *Digital Democracy: The Tools Transforming Political Engagement*. NESTA. <http://www.nesta.org.uk/publications/digital-democracy-tools-transforming-political-engagement>

THE NEW INSTITUTE. (2023). *Blueprint: Governing Urban Data for the Public Interest. A Final Report. The New Hanse Project*. https://thenew.institute/media/pages/documents/529e984d02-1698245881/the-new-hanse_blueprint_governing-urban-data-for-the-public-interest.pdf

White House. (2009). *President's Memorandum on Transparency and Open Government*. https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/legacy_drupal_files/omb/memoranda/2009/m09-12.pdf

Zawacki, K. (2023). *Giving Gig Workers the Transparency They Deserve*. Mozilla Foundation. <https://foundation.mozilla.org/en/blog/giving-gig-workers-the-transparency-they-deserve/>

